Arbeitende und Erwerbslose müssen die Klassenfront bilden

M. Sch. Das Unternehmertum versucht mit allen Mitteln, die Wirtschaftskrise zu benutzen, um die Löhne der Arbeiterschaft abzubauen. Es hofft mit Hilfe der Reservearmee der Erwerbslosen, die Arbeiterschaft zu zwingen länger und billiger zu arbeiten. Darum sind die bürgerlichen Vertreter in den Parlamenten gegen die Erhöhung der Unterstützung für die Erwerbslosen. Sie glauben, je weniger Unterstützung der Erwerbslose bezieht, je größer die Notlage der auf der Straße Liegenden ist, desto eher wird es möglich sein, die Erwerbslosen gegen die in Arbeit Stehenden auszuspielen. Alle Lohnbewegungen vor dem Kriege beweisen, daß, je größer das Heer der Erwerbslosen war, desto schwieriger war es, für die Arbeiterschaft, die Wirtschaftskämpfe siegreich zu beenden. Die Kapitalisten versuchen deswegen, die Erwerbslosen von ihren in Arbeit stehenden Genossen abzuspalten. In Württemberg versucht man bei Eintreibung der Steuern den Kleinbauer gegen die Erwerbslosen zu hetzen, indem man erklärt, daß die Steuern zur Bezahlung der Erwerbslosenunterstützung gebraucht werden. Damit will man das Bündnis der Arbeiterschaft mit den Kleinbauern verhindern. Bei Lohnverhandlungen erklären die Vertreter der Arbeitgeberorganisationen, daß sie jede Erhöhung ablehnen und weisen auf die Unterstützungssätze der Erwerbslosen hin, indem sie erklären, daß dieselben mit der Hälfte des Verdienstes der in Arbeit Stehenden doch auskommen. Wird so systematisch versucht, einen Keil in die Arbeiterschaft hineinzutreiben. Diese Pläne der Scharfmacher müssen zuschanden gemacht werden. Die in Arbeit Stehenden müssen erkennen, daß, je höher die Unterstützung der Erwerbslosen ist, desto höher werden die Löhne der in Arbeit Stehenden sein. Die Erwerbslosen müssen die dunklen Pläne der Scharfmacher durchschauen und begreifen, daß nur der Kampf der gesamten Arbeiterschaft die Lage der Erwerbslosen verbessern wird, daß sie trotz ihrer Stärke von 2½ Millionen in Deutschland nicht über die Machtmittel verfügen, wie die Arbeiter, welche im Produktionsprozeß sind. Die Arbeiter in den Betrieben verfügen über eine wuchtige und schneidige Waffe, ihre Arbeitskraft. Das ist ein wichtiger Faktor, der unbedingt beachtet werden muß. Die Erwerbslosen, aus den Betrieben hinausgeworfen, können zwar demonstrieren für ihre Forderungen, aber können nicht das soziale Problem allein lösen. Nur erst dann, wenn die Arbeiterschaft die Forderungen der Erwerbslosen zu den ihrigen macht, wenn die Erwerbslosen bei den Wirtschaftskämpfen ihren Arbeitskollegen im Betrieb gegenüber Solidarität üben, wird die soziale Lage der gesamten Arbeiterschaft wesentlich gebessert werden. Darum muß es Aufgabe eines jeden klassenbewußten Arbeiters sein, mit allen Kräften dafür einzutreten, **daß die Gewerkschaften für die gesamte Arbeiterklasse die Klassenkampforganisationen werden**, welche Erwerbslose und Arbeitende zum gemeinsamen Kampf für bestimmte Forderungen zusammenfassen. Die Gewerkschaftsbureaukratie (speziell in Dresden) versucht diese Kampffront zu sabotieren. Trotzdem Betriebsbelegschaften und erwerbslose Gewerkschaftsgenossen, SPD. wie KPD., vom Kartell gefordert haben, Zusammenfassung der Erwerbslosen, Bildung eines gewerkschaftlichen Erwerbslosenrates, versuchen die Ortsausschüsse des ADGB. nach wie vor, eine künstliche Kluft zwischen den Erwerbslosen und den in Arbeit Stehenden aufzurichten, trotzdem sie genau wissen, daß die Industriellen versuchen, die Erwerbslosen für völkische Zwecke zu gebrauchen, einzelne völkische Fabrikbesitzer versuchen durch Naturallieferung die Erwerbslosen für sich zu gewinnen. Die Ortsausschüsse unterstützen durch ihre Passivität indirekt das Vorgehen der Kapitalisten.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft muß die Gewerkschaftsbureaukratie zwingen, sich mehr wie bisher mit der Lösung des Erwerbslosenproblems zu beschäftigen. Die Gewerkschaftskollegen müssen begreifen, daß nicht die Bureaukraten die Gewerkschaften sind, sondern die darin befindlichen Arbeiter. Sie müssen den Druck auf ihre Führer verstärken. In den Betrieben müssen die gewerkschaftlich unorganisierten Arbeiter in die Gewerkschaften zurückgeführt werden. **Die KPD.-Genossen müssen gemeinsam mit den SPD.-Genossen im Betrieb die Bücherkontrolle und eine Kampagne für die Zurückeroberung der gewerkschaftlich unorganisierten Arbeiter durchführen.** Die erwerbslosen Gewerkschaftskollegen müssen dem Treiben der syndikalistischen Elemente auf den Arbeitsnachweisen energisch entgegenzutreten, die unorganisierten Erwerbslosen für die Gewerkschaften gewinnen. Wenn die Gewerkschaftsbureaukratie die Aufnahme der Erwerbslosen in die Verbände ablehnt, so müssen die Gewerkschaftsmitglieder die Aufnahme energisch verlangen. Die Statuten der Verbände, welche besagen, daß Erwerbslose nicht aufgenommen werden, müssen geändert werden. Auf den kommenden Verbandstagen müssen dementsprechende Anträge eingereicht werden.

Wenn die Arbeiterschaft die hier geschilderte Aufgabe erfüllt, so wird die rote Klassenfront trotz der Sabotage der ADGB.-Führer gebildet werden. Die Pläne der Scharfmacher sowie der Luther-Regierung werden vernichtet, die Lebenslage der Arbeiterschaft gebessert.

Die Kommunistische Partei Groß-Dresdens beruft für **Mittwoch, den 13. Januar 1926** eine

öffentliche Versammlung

für die in Arbeit Stehenden und Erwerbslosen in die **„Reichskrone"** ein. Aufgabe der Dresdner Arbeiterschaft ist es, durch Massenbesuch zu zeigen, daß sie die Forderungen der Erwerbslosen unterstützen, und vom Gewerkschaftskartell die Bildung eines gewerkschaftlichen Erwerbslosenrates fordern.

Genossen aus den Betrieben, auf zur gemeinsamen Kundgebung

für Erhöhung der Löhne,
für den Achtstundentag,
für ausreichende Erwerbslosenunterstützung,
für Beschaffung von Arbeit,
gegen die Pläne der Scharfmacher und Luther-Regierung,
gegen Abbau der sozialen Fürsorge,
gegen Betriebsstillegungen,
gegen Fürstenabfindung.

Berichtigung. In unserer gestrigen Nummer brachten wir eine Meldung über die Auseinandersetzungen innerhalb der SPD. im Falle Arzt. Diese Meldung war irrtümlich überschrieben: Vor der Abstimmung Arzt' als Landtagsabgeordneter. Es muß heißen: Vor der Abstimmung Arzt' als Landesvorsitzender.

Otto Braun fordert Große Koalition

Otto Braun, der preußische sozialdemokratische Ministerpräsident, hat einem Vertreter des „Berliner Tageblattes" eine Unterredung gewährt, in der er erklärte daß die SPD. der Bildung der Großen Koalition zustimmen müsse, **um den Bestand der Republik nicht zu gefährden.** Braun erklärte:

„Schließlich hat doch die Sozialdemokratische Partei jahrzehntelang für das parlamentarische System gekämpft. Sie darf es jetzt nicht verneinen, indem sie jetzt ihre positive Mitarbeit versagt."

Auf die von dem Vertreter des „Berliner Tageblattes" an ihn gerichtete Frage, ob der Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung unter bestimmten Bedingungen erfolgen würde, erklärte Braun:

„Von „Bedingungen" und „Programmen" halte ich nach meinen Erfahrungen nichts. Verstehen die Männer, die wir ins Kabinett entsenden, sich durchzusetzen, dann können sie aller schöner Bedingungen und Programme entraten. Gelingt ihnen das nicht, dann nützen ihnen auch alle Bedingungen und Programme nichts. Es kommt jetzt darauf an, daß die vier Parteien, die die Große Koalition bilden müssen, von dem ernsten Willen beseelt sind, **unter zeitweiser Zurückstellung eigener Grundsätze und Forderungen, ohne nach links oder rechts zu sehen,** das zu tun, was die schwierige, wirtschaftliche und politische Lage unseres Volks heischt."

Nachdem Braun die alten Phrasen von der „inneren Kraft der Partei" und vom „Mit zur Verantwortung" herunterdeklamiert hat, behauptet er, die Sozialdemokratische Partei würde, als stärkste Partei des Reiches, das Vertrauen zu ihrer inneren Kraft beweisen und die Verantwortung an der Reichsregierung mit übernehmen. Nur so könnte sie dem parlamentarischen System einen schweren Schlag ersparen und der Reaktion den Weg versperren.

Auch der „Vorwärts" von heute morgen macht sich in seiner Stellungnahme zu den Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition die Argumentationen Brauns zu eigen und propagiert unser Hinweis darauf, daß sich die Stimmen im Reiche für den Eintritt in eine Regierung der Großen Koalition mehren (?), den Eintritt der SPD. in die Regierung der Großen Koalition.

Sozialdemokraten vor der Entscheidung

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Berlin, 12. Januar. **Gestern nachmittag 5 Uhr empfing Hindenburg die Vorsitzenden der Demokraten und des Zentrums,** Dr. Koch und Fehrenbach, zu einer Besprechung über die Regierungsbildung. Bezeichnend ist, daß Hindenburg ebenso wie die Parteiführer betonten, daß unter allen Umständen der Versuch der Heranziehung der Sozialdemokraten zu einer Großen Koalition noch einmal gemacht werden müsse. Die Fraktionsführer, die vorher mit dem sozialdemokratischen Abg. Müller-Franken verhandelt hatten, erklärten gleichzeitig, daß man die Stellungnahme der heute stattfindenden sozialdemokratischen Fraktionssitzung abwarten müsse, und daß es dann möglich sei, daß am Mittwoch oder spätestens Donnerstag eine Entscheidung getroffen werden könne. **Die bürgerliche Presse unterstützt die Stimmen innerhalb der SPD. für eine Große Koalition aufs wärmste und redet davon, daß in einer großen Anzahl von Städten mit überwältigender Majorität die sozialistischen Vertrauensleute in richtiger Erkenntnis der Lage sich für die Bildung der Großen Koalition ausgesprochen haben". Diese Meldungen entsprechen nicht den Tatsachen. Es hat sich vielmehr in fast allen wichtigen Bezirken die Mitgliedschaft gegen einen Eintritt in eine Regierung der Großen Koalition ausgesprochen.**

Die SPD.-Reichstagsfraktion ist grundsätzlich zu einer Regierungsstellnahme bereit, fürchtet aber noch die starke Gegenströmung im eigenen Lager. Die proletarische Mitgliedschaft in Berlin hat demonstrativ entgegen den bürgerlichen Meldungen mit ungeheurer Majorität die Große Koalition abgelehnt.

Stimmungsmache des „Vorwärts" für die Große Koalition

Berlin, 11. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Die Abendpresse enthält die widersprechendsten Vermutungen über den Fortgang der Verhandlungen um die Regierungsbildung. Die Stimmungsmache für die Große Koalition im „Vorwärts" wird immer deutlicher. So veröffentlicht er eine Information des sozialdemokratischen Pressedienstes, wonach bei den Besprechungen der Zentrumsfraktion von der Mehrheit die Auffassung vertreten worden sein soll, daß im Falle einer Ablehnung der Großen Koalition durch die Sozialdemokratie eine direkte Beteiligung des Zentrums an der kommenden Regierung nicht in Frage käme. Angeblich nur von einer Minderheit soll die Bildung einer Regierung mit Zentrumsführung unter Anschluß nach links, ähnlich wie es vorübergehend im vergangenen Jahre in Preußen der Fall war, gefordert worden sein. Der Sinn dieser Behauptung ist natürlich, die Parteimitgliedschaft mit der Gefahr einer Rechtsregierung beim Nichtzustandekommen der Großen Koalition zu schrecken. Auch die Stimmen der Parteiorganisationen im Reiche zur Regierungsfrage bringt der „Vorwärts" äußerst demagogisch zum Ausdruck. Während er bei den Versammlungen, die sich für die Große Koalition aussprachen, stets von „großem Besuch" berichtet, läßt er den ablehnenden Beschluß der Stuttgarter Parteiversammlung möglichst verschwinden.

Die gesamte Abendpresse legt besonderes Gewicht auf den drohenden Ton, in dem das Ultimatum des Zentrums an die Sozialdemokratie gehalten ist. Die Zentrums-„Germania" verstärkt diese Drohung noch und erklärt in einem langen Leitartikel, daß die Sozialdemokratie für alle aus einer eventuellen Weigerung sich ergebenden Konsequenzen haftbar gemacht werden würde. Auch die Gefährdung der Grundlagen des parlamentarischen Systems, die sich aus einer Weigerung der Sozialdemokratie ergeben soll, wird natürlich wirkungsvoll ins Treffen geführt.

Mitte-Kabinett als Umweg?

Die Berliner „Welt am Abend" bringt einen Bericht über den Stand der Regierungsbildung, worin bereits angedeutet wird, daß die SPD. sich wahrscheinlich aus Furcht vor den proletarischen Mitgliedern nicht offen und unzweideutig für die Große Koalition aussprechen wird, daß aber auf der Parteivorstandssitzung der „kluge Taktiker" Hermann Müller einen Umweg zur Großen Koalition zeigen wird: Wohlwollende Neutralität gegenüber einer Regierung der Mitte, um sich dann nach bewährter sozialdemokratischer Methode „hinten herum" in eine Regierung der Großen Koalition einzuschleichen. Braun, der preußische Ministerpräsident, kämpft allerdings verzweifelt um seinen Posten, den ihm die Bürgerlichen nur dann lassen wollen, wenn es ihm gelingt, die Reichstagsfraktion der SPD. umzustimmen und sie für eine Koalition zu gewinnen. Die „W. a. M." hofft aber, daß der linke Flügel der SPD. sich wahrscheinlich unter dem Druck der Mitglieder gegen eine offene Beteiligung aussprechen wird.

Für den Volksentscheid — gegen den Raub der Fürsten

Halle, 11. Jan. In einer Reichsbannerversammlung in Teuchern wurde die Resolution der Reichsbannerleitung abgelehnt und eine Resolution für Volksentscheid und entschädigungslose Enteignung der Fürsten angenommen.

Berlin, 11. Jan. Die freigewerkschaftlich organisierten Zimmerer in Münster erklärten sich für den Volksentscheid zur Fürstenenteignung. Auch die Erwerbslosen von Steinach (Südthüringen) nahmen eine solche Entschließung an, ebenso die Bauarbeiter von Itzehoe.

Hamburg, 10. Jan. In einer Mitgliederversammlung des Baugewerksbundes von Itzehoe wurde eine Resolution für den Volksentscheid zur entschädigungslosen Fürstenenteignung einstimmig angenommen.

Jena, 11. Jan. Für den Volksentscheid auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten erklärten sich: eine einstimmig angenommene Resolution der Hörselwerk-Belegschaft in Gotha und der Gemeinderat in Rottleben am Kyffhäuser. Der Gemeinderat Rottleben beschloß seine entsprechende Eingabe an die Thüringer Landesregierung mit den kommunistischen, sozialdemokratischen und bürgerlichen Stimmen, gegen 2 Stimmenenthaltungen.

Ausschlußantrag gegen den Rußlanddelegierten Freiberger

München, 11. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Wie die „Neue Zeitung" berichtet, ist **gegen den Rußlanddelegierten Freiberger ein Antrag auf Ausschluß aus der SPD. gestellt worden.**

Ein Notschrei der Linken

Karl Böchel, der Vorsitzende der Bezirksleitung Chemnitz-Erzgebirge der SPD., sieht sich zur Flucht in die Oeffentlichkeit gezwungen. In der „Volksstimme" lesen wir folgenden Notschrei:

An die Ortsgruppen des 16. Unterbezirks!

Von einer Organisationsstelle aus werden an die Ortsgruppen Rundschreiben versandt, worin die Bezirksleitung in unsachlichster Darstellung dauernd angegriffen wird. Die Bezirksleitung hat sich strengste Zurückhaltung auferlegt und wird erst antworten, wenn die Entscheidung des neugewählten Parteivorstandes da ist. Ganz mögen sich die Ortsgruppen an Hand der dokumentarischen Beweise selbst ein Urteil bilden. Die Bezirksleitung. J. A.: K. Böchel

Zum Verständnis dieses Rufes muß man sich folgendes vergegenwärtigen: Die Bezirksleitung, deren Vorsitzender Böchel ist, steht auf dem „linken" Flügel, während im Chemnitzer Ortsvorstand der SPD. Georg Landgraf und Konsorten innerhalb ihrer Stimmungsgenossen der Fall-Müller, kurz der 23, das große Wort führen. Aus dem Notschrei der Bezirksleitung ersehen wir nun, daß die Landgraf-Franke-Clique vom Chemnitzer Ortsvorstand eine regelrechte Hetze gegen die Bezirksleitung durch Rundschreiben usw. entfaltet hat. Das Treiben muß schon sehr wüst sein, wenn die Bezirksleitung die Flucht in die Oeffentlichkeit antritt. Wir erfahren weiter, daß die Bezirksleitung sich beim Parteivorstand in Berlin beschwert hat. Na, das soll doch wirklich, den Teufel bei seiner Großmutter verklagen.

Jedenfalls darf man gespannt sein, wie dieser Streit ausgeht.

Die Unternehmer als Erpresser

Nachdem Millionen von Arbeitern aufs Pflaster geworfen und dem Elend preisgegeben worden sind, glauben jetzt die Herren Ausbeuter dazu übergehen zu können, vereinzelt die Arbeiter wieder einzustellen, aber unter gewaltig verschlechterten Arbeitsbedingungen. So gibt z. B. das Hörder Hüttenwerk (Phönix) bekannt, daß die Direktion gewillt sei, das Werk wieder unter folgenden Bedingungen in Betrieb zu setzen:

1. **Die Löhne aller wieder einzustellenden Arbeiter sollen um 15 Prozent reduziert werden.**
2. **Die Gesamtbelegschaft des Stahlwalzwerkes wird um 15 Prozent herabgesetzt.**

Eine Belegschaftsversammlung des Stahlwerks hat diese Bedingungen einstimmig abgelehnt.

Das Gleiche wird uns von einer Anzahl Firmen in Chemnitz berichtet, die ebenfalls erklärt haben, die Betriebe zu eröffnen, wenn die Arbeiter in einen Lohnabbau einwilligen. Die Höhe des geforderten Lohnabbaues schwankt zwischen 10 und 30 Prozent.

Dasselbe wird aus Schlesien gemeldet, wo die Unternehmer große Arbeiterentlassungen vornehmen, aber zugleich mitteilen, wie z. B. in der Bürstenindustrie in Striegau, daß alle Arbeiter weiter beschäftigt werden können, wenn sie **mit einer 15prozentigen Lohnkürzung einverstanden erklären und auf die Ferien verzichten.**

Mit solchen Erpressermethoden hoffen die Unternehmer die Arbeiter aufs Knie zu zwingen. Gegen die drohende Gefahr muß ein planmäßiger Widerstand organisiert werden. Der einzelne Arbeiter ist da gegen das organisierte Vorgehen der Ausbeuter machtlos, helfen kann nur der geschlossene, organisierte Gegenstoß des Proletariats als Klasse. Es ist Pflicht vor allem der Gewerkschaften, unter Aufgebot ihrer Machtmittel eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen unter allen Umständen zu verhindern.

10 Stunden Arbeit — für 8 Stunden Lohn

Gotha, 11. Jan. Die Belegschaft des Emaillierwerkes Fortjes in Gotha, die schon seit langer Zeit verkürzt gearbeitet hatte, war zu Weihnachten ganz entlassen worden. Jetzt wurde ihr vom Betriebsleiter mitgeteilt, daß der Betrieb wieder eröffnet wird, wenn die Arbeiter bei Bezahlung von 8 Stunden eine Arbeitszeit von 10 Stunden einhalten würden.

Die „Inprekorr" in Frankreich verboten

Paris, 10. Januar. Das französische Innenministerium hat **den gewerblichen Betrieb und die Verteilung des bekannten kommunistischen Informationsorgans „Internationale Presse-Korrespondenz" („Inprekorr") in Frankreich verboten.**